

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Koch'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenburg.

Nr. 270

Neuenburg, Freitag, den 17. November 1922.

80. Jahrgang.

## Deutschland.

**Berlin, 16. Nov.** Der Reichspräsident ließ gestern dem Führer Gerhart Hauptmann zum 60. Geburtstag als Ehrenpreis des Reiches den deutschen Adlerschild überreichen, ein von Graf Wolfers-München entworfenes und ausgeführtes Kunstwerk aus Bronze, das auf einem Sockel in runder Form den Reichsadler zeigt. Die Rückseite des Schildes trägt zwischen Lorbeer- und Eichenzweig die Inschrift: „Gerhart Hauptmann, dem Dichter und Seher, in dessen Werk die Seele des deutschen Volkes zum Lichte rang.“ Der Reichspräsident, die Gabe war von einem Schreiben des Reichspräsidenten begleitet, in welchem Hauptmann als Führer und Seher gepriesen wird.

**Berlin, 16. Nov.** Zur Einschränkung des Beamtenlohnens plant die Reichsregierung in den nächsten Monaten weitere 20 000 Postbeamte an die Finanzverwaltung abzugeben; ferner sollen im Laufe des Winters die jetzt noch beschäftigten Hilfskräfte, die durch die Beschränkungen überflüssig geworden sind, nach und nach entlassen werden. (Nach einer Verschiebung.)

## Kirchenversammlung und Kirchengesetz.

Unter den Anträgen, die der kirchenrechtliche Ausschuss der 14. Landeskirchenversammlung unterbreitet, befindet sich auch eine Erklärung zum Kirchengesetz. Diese erklärt an, daß der Entwurf eine geeignete Grundlage für eine Regelung bedeutet, aber sie schlägt zugleich eine Reihe von Änderungen und Ergänzungen vor. So wird die Begriffsbestimmung der Kirchenämter als zu eng beanstandet. Die Verweigerung der Mitgliedschaft bei einer Kirche dürfe nur aus Gründen erfolgen, wenn der Steuerbescheid gegen die Kirche verstoße. Für die Steuerbefreiung müsse der Kirche in weitem Umfang das Recht genehmigt werden. Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Ferner sollte den Kirchengemeinden von vornherein ein größerer Spielraum für die Erhebung von Zuschlägen zu den bürgerlichen Steuern eingeräumt werden als bis 5 Prozent. Für die Zusammensetzung des Verwaltungsgerichtshofes wünscht die Erklärung, daß unter den zur Entscheidung berufenen Mitgliedern sich zwei befinden, die nach einem Vorschlag der beteiligten Kirche als außerordentliche Mitglieder beigegeben werden. Ferner soll der Verwaltungsgerichtshof in dieser Zusammensetzung als geeignete Instanz für die Streitigkeiten der Rechtsbeziehungen zwischen Kirche und Staat anerkannt werden. Eine Aufsichtspflicht über finanzielle Verhältnisse soll nur insoweit festgelegt werden, als es für die Prüfung der Einhaltung staatlicher Vorschriften und der Ausübung des kirchlichen Besteuerungsrechts und wegen der Befreiung staatlicher Leistungen erforderlich ist. Außerdem möchte die Kirche ihr Recht auf die Leitung des evangelischen Religionsunterrichts an sämtlichen Schulen auch gesetzlich geregelt wissen. Die niederen Seminare und das Stift in Tübingen sollen an die Kirche übergehen. Zuletzt wünscht die Erklärung eine rasche Ausföhrung der finanziellen Auseinandersetzungen und nimmt insbesondere von neuem datigen Stellung, daß die kirchlichen Steuern von vornherein und im wesentlichen zur Deckung der bisher aus der Staatskasse bestrittenen Bedürfnisse in Anspruch genommen werden, wodurch die langfristige Entwicklung der Kirche unterbunden würde. Dagegen werden ernste Bedenken gegen Absatz 2 des Paragrafen 78 angeführt, der das Inkrafttreten der Landeskirchensteuer einer unbestimmten Zukunft überläßt und eine Gewähr verlangt, daß die Landeskirchensteuer keinesfalls nach dem 1. April 1924 verwirklicht wird.

## Bund Oberland und die Kommunisten.

München, 16. Nov. Anfang Oktober wurden hier die vier Führer des Bundes „Oberland“ verhaftet. Drei von ihnen wurden wieder freigelassen, lediglich der eigentliche Leiter des Bundes, Hauptmann a. D. Römer, wurde in Haft gehalten. Man bringt die „Münchener Nachrichten“ heute folgende aufsehenerregende Meldung: Der Bund „Oberland“ hat seit Juni 1921 mit der kommunistischen Partei Deutschlands in enger Verbindung. Hauptmann Römer hat seinen früheren Schatzkammeraden, den damaligen kommunistischen Abgeordneten Otto Graf, der kürzlich im bayerischen Landtag zur Fraktion der USG abgewandert ist und jetzt der Vereinigten sozialdemokratischen Partei angehört, wiederholt unter falschem Namen zu Sitzungen des Bundes mitgenommen, wo der kommunistische Abgeordnete sein angeblich mit den Zielen des Bundes zusammenstimmendes Programm entwarf. Abgeordneter Graf hat als Kommunist 350 000 Mark vom Bund „Oberland“ erhalten. Auch sind Anhaltspunkte vorhanden, daß der Bund Verbindung zur sozialistischen Presse gesucht hat. Nachdem die „Münchener Nachrichten“ diese Tatsache mitteilen, ist es Pflicht der zuständigen Stellen, sofort mit allen Einzelheiten zusammenzutreten, um von vornherein Legendenbildungen zu unterbinden.

## Druckerei Reichsboten.

**Berlin, 15. Nov.** Präsident Lohde eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Vertreter des Reichsboten seinen Dank für die teilnehmende Kundgebung zu der Gedächtnisfeier ausgesprochen habe. Der Initiatorvertrag der großen Parteien, der das Entschädigungsverfahren für die Verdrän-

gen Kolonial- und Auslandsdeutschen verbessert, wird in allen 3 Lesungen angenommen. Sodann begründet der Abg. Dr. Schreiber (Z.) die Interpellation seiner Partei über die Notlage der deutschen Wissenschaft. Große Forschungsinstitute müßten wegen Geldmangels ihre Arbeit einstellen. Der Ankauf wissenschaftlicher Werke aus dem Ausland wird immer schwieriger. Führende wissenschaftliche Zeitschriften müßten eingestellt werden. Die Notlage der geistigen Arbeiter fordere dringend die Abhilfe, wenn nicht die idealen Grundlagen unserer Kultur nach mehr erschüttert werden sollten. Staatssekretär Schulz: Die ersten Ursachen der Notlage der deutschen Wissenschaft liegen in der Kriegszeit zurück. Nach dem Kriege war die deutsche Regierung gerne bereit, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit der damals beträchtlichen Summe von 100 000 Mark zu finanzieren. Auf die ungeheure Geldentwertung aber ist es zurückzuführen, daß der ausgereifte Betrag nicht im entferntesten anreichte. Immerhin ist es dem Eingreifen der Reichsbehörden gelungen, den Zusammenbruch der deutschen Wissenschaft aufzuhalten. Das ist auch anerkannt worden. Die im Etat von 1923 eingelegten Summen sind durch die weitere starke Geldentwertung überholt und wir rechnen, mit Ihrer Genehmigung durch den Reichstag und den Reichsrat, (Beifall.) Auf Antrag des Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) wird die Behandlung der Interpellation beschlossen und deren Weiterführung auf Donnerstag nachmittags 2 Uhr vertagt.

**Berlin, 15. Nov.** Der Reichstag hat heute nachmittags beschlossen, daß auch während der Regierungsferien die Sitzungen des Reichstags fortgesetzt werden sollen, da die Parteien sowieso zu den Besprechungen über die Befragung des Kabinetts in Berlin versammelt bleiben. Es sollen jedoch nur solche Gegenstände beraten werden, die eigene Angelegenheiten des Reichstags betreffen. Demnach soll auch in der auf 3 Uhr anberaumten Plenarsitzung die Tagesordnung in Angriff genommen werden, auf der der Initiatorvertrag der Parteien wegen des Verdrängungs-Gesetzes und die Interpellation des Zentrums wegen der Not der Wissenschaft, sowie die Gesandtschaftsangelegenheiten des Reichstags stehen. Zur Verantwortung der Interpellation erhielt Staatssekretär Schulz einen Auftrag vom Ministerium des Innern.

## Millionendiebstahl bei der Reichsbank.

**Berlin, 15. Nov.** Bei der Reichsbank ist ein vorgestern abend verübter Millionendiebstahl entdeckt worden. Bei der Abfertigung von großen Geldtransporten wurde ein Geldbeutel mit 10 Millionen Mark in 1000-Mark-Scheinen entwendet.

## Zentrum und Sozialdemokratie.

**Berlin, 15. Nov.** Der Auffassung des Zentrums, daß die Sozialdemokratie durch ihren getriggen Beschluß das Kabinettsmitglied gegen die Bildung der neuen Regierung übernehmen müßte, wird von der sozialdemokratischen Fraktion lebhaft widersprochen und jede Verantwortung für den Sturz des Kabinetts abgelehnt. Es hätte für Dr. Wirth keine zwingende Veranlassung vorgelegen, die Forderung der großen Koalition zu übernehmen und die Sozialdemokratie vor ein Entwerber-Ober zu stellen, besonders da die Führer der sozialdemokratischen Fraktion in den vorausgegangenen Besprechungen mit dem Reichskanzler keinen Zweifel über die ablehnende Haltung der Fraktion gegen die offizielle Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung gelassen hätten. Nicht die Sozialdemokratie hätte das Kabinettsmitglied gestürzt, sondern Dr. Wirth sich selbst.

## Abfragen.

**Berlin, 16. Nov.** Wie in späteren Abendstunden verlautet, haben die beiden zuerst vom Reichspräsidenten ins Auge gefaßten Persönlichkeiten abgelehnt, und zwar beide, weil sie die Aufgabe ihrer Partei nicht erblickten. Dr. Adenauer, weil das Zentrum eine Ehrenfrage darin sieht, nur Dr. Wirth wieder zu präsentieren, und Dr. Rober, weil die Bayerische Volkspartei der er angehört, im Augenblick eine leitende Stellung in der Reichspolitik nicht einnehmen möchte. Der Reichspräsident wird also nach anderen Kandidaten Umschau halten. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Veruche vor Donnerstag morgen ernsthaft in Angriff genommen werden.

## Ausland.

**Paris, 15. Nov.** Die Reparationskommission veröffentlicht ein offizielles Communiqué, wonach heute die Reparationskommission in Paris Schlußschlicht im Werte von 15 Millionen Goldmark, fällig am 17. 5. 25. auf Grund des Beschlusses der Reparationskommission vom 31. 8. 22 überreichte. Es am 15. 11. fällige Darlehen beträgt an und für sich 60 Millionen Goldmark. Die Differenz zwischen dieser Summe und dem ermittelten Betrag von 55 Millionen ist zum Teil durch gewisse, an die Kommission bereits abgeführte Summen gedeckt. Für den Rest wird die Reparationskommission am 17. d. Mts. einen weiteren Schlußschlicht überreichen.

**Paris, 15. Nov.** In der Kammer ist die Strafverfolgung des Abgeordneten Rainey verlangt worden. 167 Geisliche der Diözese Rouen verurteilten sich durch eine Rede des Führers der republikanischen Liga beleidigt, in der dieser bei der Enthüllung einer Waise von Jaurès gesagt haben soll, nicht die Väter der Nation seien die Druckeberger während des Krieges ge-

wesen, es seien die Männer gewesen, die die schwarze Rode trügen. Die Rede lautet auf Verlesung.

**Sofia, 15. Nov.** Die Bulg. Telegr.-Ag. meldet: Im Lande Bulgarien sind zum Andenken an die Kriegsgeschehnisse große Kundgebungen veranstaltet worden. Die dabei angenommenen Entschuldigungen ähneln die schweren, nämlich gebrachten Opfer auf und verlangen, daß die Kriegsschuld vor ein Kriegsgericht gestellt und die Schuldigen bestraft werden. Die Volksabstimmung hierüber findet am 19. November statt.

## Frankreich schützt sich gegen Ausverkauf und Ueberforderung.

Um der Gefahr des Ausverkaufs wegen des gesunkenen Frankenturks vorzubeugen, hat die französische Kammer ein Gesetz angenommen, nach dem Grundstücke in Frankreich von Ausländern nur mit besonderer Erlaubnis der Regierung gepachtet oder angekauft werden dürfen. Ausländer, die kein Aufenthaltsrecht haben (also Deutsche), sind überhaupt ausgeschlossen.

## Der Eindruck der deutschen Krise in Paris.

**Paris, 15. Nov.** Zu der Demission des Kabinetts Wirth nehmen erst einzelne Blätter Stellung. Allgemein scheint die Nachricht aus Berlin durchaus nicht überraschend gekommen zu sein. Die Blätter der äußersten Rechten wie auch die weiter links stehenden stimmen darin überein, daß das Kabinettsmitglied in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung vollkommen unfähig gewesen sei. „Echo de Paris“ schreibt, die eigentliche Ursache des Rücktritts sei viel älter. Seit langen Monaten schon kämpfte das Ministerium mit sich selbst und sei nur noch ein Scheinkabinettsmitglied gewesen. Das Ministerium ist nicht gekürzt worden, es ist vielmehr vor Erschöpfung und Entkräftigung in sich selbst zusammengebrochen. Seit der Ermordung Rathenau war Dr. Wirth nervös und befürchtete immer ein Attentat gegen sein Leben. Seine fähigste Persönlichkeit war sumptuös, aber als Staatsmann verlor er vollkommen. Das Kabinettsmitglied ergriff vor allem nicht die notwendigen Maßnahmen, und die Inflation aufzuhalten. Die Folgen des Kabinettssturzes um die Spekulation zu bekämpfen, um das Budget auszugleichen lassen sich schwer voraussagen. Die Gegensätze der Parteien, die im Parteikampf in Deutschland schon immer sehr stark hervortraten, werden sich noch verschärfen. Die Sozialdemokratie wird versuchen, alle Verantwortung für die kommenden Ereignisse auf die bürgerlichen Parteien abzuwälzen. Diese Haltung könnte die allerschwersten Folgen für Deutschland, besonders mit Rücksicht auf den kommenden Winter haben. Entweder wird ein bürgerliches Ministerium gebildet oder ein Geistesministerium. Die Wahl des Reichspräsidenten Ebert wird nicht leicht sein, denn Deutschland hat augenblicklich wirklich keine bedeutenden Politiker. Das „Echo de Paris“ nennt als aussichtsreichsten Kandidaten zum Schluß den jetzigen Vizepräsidenten in Paris Dr. Mayer. Der „Reichsboten“ glaubt an eine bürgerliche Koalition der Mitte, das Blatt nimmt zu dem Sturz selbst noch keine Stellung. Die „Ere Nouvelle“ schreibt: Schon anlässlich der Reise der Reparationskommission nach Berlin hatte man vom Reichskanzler Dr. Wirth den Eindruck einer ganz unmöglichen Persönlichkeit, unfähig im höchsten Grade. Die jetzige Krise in Deutschland richtete sich übrigens nicht gegen die Entente.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenburg, 17. Nov.** Auf heute abend 8 Uhr hat die hiesige Realschule durch ihre Schüler zu einem im Zeichenlokal des Schulhauses stattfindenden Elternabend einladen lassen, bei welchem nach einem über die Bedeutung der Elternabend orientierenden Vortrag und einem die längere Vergangenheit behandelnden Rückblick hauptsächlich über die künftige Gestaltung unserer Realschule gesprochen und ein erster Versuch der Fühlungnahme mit den beteiligten Eltern getroffen gemacht werden soll. Wenn die Schulleitung im Hinblick auf den mehr internen Charakter der Verhandlungsgegenstände von einer öffentlichen Einladung abgesehen hat, so sollen damit die Eltern künftiger oder früherer Realschüler und -Schülerinnen sowie diese selbst durchaus nicht ausgeschlossen sein; sie alle sind vielmehr freundlich willkommen gehalten. Bei der Wichtigkeit der zu behandelnden Schul- und Erziehungsfragen ist auf einen zahlreichen Besuch seitens der interessierten Kreise zu rechnen.

**Neuenburg, 16. Nov.** In der Veröffentlichung über das neue Porto blieben die Sätze des Postportos unberücksichtigt; wir tragen dieselben hiermit nach: Pafete (gewöhnliche): Kanton, bis 75 Kilogramm: bis 5 Allogramm 60, über 5-6 Allogramm 72 Mark, über 6-7 Allogramm 84 Mark, über 7-8 Allogramm 96 Mark, über 8-9 Allogramm 108 Mark, über 9-10 Allogramm 120 Mark, über 10-11 Allogramm 144 Mark, über 11-12 Allogramm 168 Mark, über 12-13 Allogramm 192 Mark, über 13-14 Allogramm 216 Mark, über 14-15 Allogramm 240 Mark, über 15-16 Allogramm 264 Mark, über 16-17 Allogramm 288 Mark, über 17-18 Allogramm 312 Mark, über 18-19 Allogramm 336 Mark, über 19-20 Allogramm 360 Mark. In der Fernzone (über 75 Allogramm) je das Doppelte.

**Neuenburg, 17. Nov.** In dem gestrigen Heft des Streifenfrage-Rubrik-Entscheidungsblattes bitten wir in der 3. Zeile statt § 1 zu lesen § 11 des Preßgesetzes. Es ist der hienäufige

der Sozialdemokratie, welche Verantwortung zu tragen, allerdings auch innerhalb der Partei verantwortlich zu verantworten zu sein, tritt laut „Deutscher Arbeiter-Koalition“ nicht erreichbar. Die Arbeitgenossenschaft der Deutschen Regierungskräfte. großen Abendblätter „Tempo“ liegen es gestern, die Minister. Dagegen schrieb die „Zeitung“ ein Experiment abschließen, Variationen zu erzwängen, die auch regiere. Es sei die politische Regime und der Reich in Deutschland ermöglichen. deren Typus Stimm in. Ihre politische Öffnung gewesen und nicht ohne die Möglichkeit der Minderen zu einlich einer der Hintergründe, als er seinen Vertrag zu Vertrauen können wir nicht würde die Durchführung seitens der Regierung, te.

größte Auswahl in **gen, Klapp-Sportwagen** ein bis hundert. **öbel, Anheftstühle** und Lederwaren. Ausführung kaufen Sie billig in **Bross, Pforzheim** Strauß und Baumstr.



**Pilo**

Sie kaufen gute Qualität wenn **Pilo** auf der Dose steht

**Oberamtsstadt Neuenburg, Brennholz-Verlosung**  
am Freitag, den 17. d. Mts., ummittags 9 Uhr im Rathaus. Versteigert können die Aufschreibungen mit den Anfangsbuchstaben W-Z werden. Stadtpfleger Essig.

**Forstamt Calmbach, Nadelstammholz-Verkauf**  
im mündlichen Aufsteig am Freitag, den 24. Nov. 1922, vormittags 10 Uhr, in Calmbach, „Sonne“, auf Staatswald Fiberg und Röhlgang: 703 Za. u. Ji., 12 Ji. u. Jm. Langh.: 447 I., 30 II., 140 III., 66 IV., 3 V., 5 VI. M.; Sägholz: 3 I., 56 II., 16 III. M. Oberzechnisse von der Forstaktion, W. F. D., Stuttgart.

**Wildbad, Hafer**  
lange Vorrat, verkauft **Ludwig Knapp**, Telefon 129. andauernd bis 16. 8. 22.

**Neuenburg.**  
den Steigerung sämtlicher Fortschreitender Gebührengerechtigter genötigt, den **ment auf 180 M** mit heutigem Tage in Kraft.











